

05 | Für zukunftssichernde Bildung und Wissenschaft Bildungspolitik



Bildung und Erziehung sind die unentbehrlichen Grundlagen für die Entfaltung einer individuellen Persönlichkeit und die Bedingung für ein freies und selbstbestimmtes individuelles Leben. Sie sind auch entscheidend für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit und tragen dadurch zum wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes bei. Die Altparteien versagen seit Langem auf dem zentralen Feld der Bildungspolitik. Damit gefährden sie Deutschlands und Thüringens Zukunft.

Unsere Bildungssubstanz ist stark angegriffen. Unternehmer und Hochschullehrer klagen über die mangelnde Ausbildungs- und Studierfähigkeit der Schulabsolventen. Eltern spüren instinktiv, dass die Beschulung ihrer Kinder in Sachen Effizienz und Effektivität hinter der eigenen zurückbleibt. Für die Schüler selbst wird die persönliche Bildungsbiographie immer öfter zur Frustrations- und sogar zur Leidensbiographie.

Vor einhundert Jahren wurde in der Weimarer Reichsverfassung die allgemeine Schulpflicht für ganz Deutschland festgeschrieben. Seither haben noch nie so viele junge Menschen so lange unsere Schulen besucht, um so wenig dabei zu lernen wie heute – und das, obwohl es zu keinem Zeitpunkt in der Vergangenheit unseres Landes mehr Geldzuweisungen und mehr Lehrer pro Lernenden gab. Dabei korrespondiert mit der Schulpflicht ein Recht auf Bildung, das die Landesregierung zu gewährleisten und durchzusetzen hat.

Diese von immer mehr Menschen auch in Thüringen erlebte Mangellage hat vier zentrale Ursachen:

- Schüler, Eltern und Lehrer werden mit immer neuen Bildungsexperimenten verunsichert.
- Lehrer werden zu „Lernbegleitern“ degradiert und trauen sich kaum noch, eine natürliche, ordnende Autorität auszubilden.
- Immer weniger Schüler besitzen die für die Beschulung in der Klassengemeinschaft notwendige Gruppenfähigkeit.
- Immer mehr Schüler besuchen unsere Schulen, die über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse verfügen.

Unser Schulsystem leidet an der Vielzahl oft unsinniger oder ideologisch motivierter Bildungsexperimente der letzten Jahrzehnte.

Das heißt: Die Schulen als Institution und die Lehrer werden gezwungen, permanent bewährte Methoden über Bord zu werfen. Sie müssen immer mehr erziehen, immer mehr integrieren, mittlerweile auch immer mehr „inkludieren“. So kommen sie immer später zu ihrem eigentlichen Kerngeschäft, nämlich der Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und übertragbaren Einsichten – also von Bildungswissen.

Das ist die bedrückende Ausgangslage im Politikfeld „Bildung“ in Deutschland im Jahr 2019. In Thüringen wird diese Lage noch durch hausgemachte Probleme wie Stundenausfall, Zentralisierung und forcierte Ideologisierung verschärft.

Schulen brauchen Schulfrieden, Schüler, Eltern und Lehrer Verlässlichkeit. Schluss mit immer neuen Bildungsexperimenten an Schülern und Lehrern.

Wir fordern daher: Die Dauereperimente im Bildungsbereich müssen beendet werden! Schulen brauchen Schulfrieden, Schüler, Eltern und Lehrer Kontinuität und Verlässlichkeit! Dabei liegt es auf der Hand, dass die bildungspolitische Erneuerung nur gelingen kann, wenn sie in eine gesellschaftspolitische Neuausrichtung eingebettet ist, die in erster Linie aus einer Stärkung der klassischen Familie besteht. Zu dieser Neuausrichtung gehört auch in diesem Zusammenhang die Beendigung der Masseneinwanderungspolitik. Unser Schulsystem, das bereits durch die politisch zu verantwortenden strukturellen Mängel schwer beeinträchtigt wird, erfährt eine enorme zusätzliche Belastung durch die Folgen der weitgehend illegalen Masseneinwanderung.

Die Defizite der derzeitigen Bildungspolitik ziehen sich von der Grundschule bis zur Universität durch alle Bildungsbereiche und potenzieren sich nicht selten im Bildungsgang des jungen Menschen. Die Hochschulen haben sich nicht nur immer öfter um die Nachqualifikation nicht studienreifer Erstsemester zu kümmern, sie werden daneben als staatliche Institutionen zur ideologischen Indoktrination missbraucht. So existieren an deutschen Hochschulen bereits über 200 steuergeldfinanzierte Lehrstühle für „Gender-Mainstreaming“, deren pseudowissenschaftliche Forschung um die Kernthese kreist, dass das menschliche Geschlecht lediglich als „soziales Konstrukt“ anzusehen sei.

Die Ökonomisierung und Verschulung der Hochschulen schadet der Bildungsqualität.

Gleichzeitig belastet der Zwang zur Ökonomisierung unsere Hochschulen. So werden Mittelzuweisungen auch an die Zahl der Absolventen gekoppelt, was zu einer verstärkten Orientierung an der Quantität statt an der Qualität geführt hat. Diese Ökonomisierung der deutschen Hochschulen ist Teil des sogenannten Bologna-Prozesses, dessen grundsätzliche Zielsetzung eine „internationale Harmonisierung“ des universitären Bildungssektors ist. In Wirklichkeit stellt dieser von sämtlichen deutschen Altparteien unterstützte Prozess ein Angleichen an internationales Mittelmaß dar. Ohne Not wurde für eine infantilisierende Verschulung des Studiums („Modularisierung“) das Humboldtsche Bildungsideal über Bord geworfen, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts während der preußischen Reformen praktisch umgesetzt wurde und Bildung als Selbstzweck sowie als Bildung zur Freiheit proklamierte. Dieses Bildungsideal kann als Grundlage dafür angesehen werden, dass Deutschland jahrzehntlang die weltweit führende Bildungs- und Wissenschaftsnation war.

Die AfD Thüringen steht für eine Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die sich an eigenen, bewährten Kulturtraditionen und am gesunden Menschenverstand orientiert. Aus diesem Verständnis ergeben sich folgende Forderungen:

Für ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem

Jedes Kind soll seine Anlagen, entsprechend seinen Neigungen, optimal entfalten können. Das gegliederte Schulsystem und eine schulartspezifische Lehrerbildung bieten dafür die besten Voraussetzungen. Die Thüringer AfD befürwortet daher ein nach individuellen Begabungen differenziertes Schulsystem, das dem jeweiligen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Dabei müssen die Bildungsstandards in allen Schulformen am höchsten Niveau ausgerichtet sein. Das Abitur muss wieder der verlässliche Ausweis der Studierfähigkeit werden, Haupt- und Realschulabschlüsse müssen zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Das Abitur muss auf das Studium vorbereiten, Haupt- und Realschulabschlüsse müssen zu qualifizierter Berufsausbildung befähigen.

Die Regelschule muss wieder das Herzstück des Thüringer Bildungssystems werden, damit die Lehrstellen in Thüringen mit gut qualifizierten und sozial fähigen Bewerbern besetzt werden können. Der weiteren „Verkopfung“ des Regelschulunterrichts soll entgegengewirkt werden. Stattdessen ist der Anteil an praktischen Unterrichtsinhalten (z. B. Holzbearbeitung, Metallbearbeitung, Elektrotechnik und Haushaltslehre) zu steigern. Außerdem soll eine umfassende Berufsorientierung inklusive unterschiedlicher Praktika, vorrangig in Thüringer Unternehmen, erfolgen. Der Unterricht an der Regelschule muss so gestaltet sein, dass die Schüler eine breit angelegte Grundausbildung erhalten, in der auch die zu Unrecht in Verruf gekommenen Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Sorgfaltsliebe und Ordnungssinn entwickelt werden. Wir machen uns für die Vermittlung der zu Unrecht in Verruf geratenen Sekundärtugenden an allen Schularten stark. Hierzu möchten wir die Kopfnoten zumindest für Verhalten, Mitarbeit und Ordnung für alle Klassenstufen grundsätzlich beibehalten.

Die sogenannten Kopfnoten sind sinnvoll und sollen grundsätzlich beibehalten werden.

Die Gemeinschaftsschule begreifen wir als Ergänzung zu dem bestehenden gegliederten Schulsystem. Ihre Gründung wird von uns weder gefördert noch privilegiert. Die heute vorhandene Besserstellung der Gemeinschaftsschule werden wir rückgängig machen.

Das Gymnasium soll wieder das Ziel erfüllen, Schüler auf ein Studium vorzubereiten. Unserem Land ist nicht gedient, wenn die Hälfte der Schüler eines Jahrgangs das Gymnasium besucht und später ein Hochschulprekariat entsteht. Dem Akademisierungswahn erteilen wir eine klare Absage! Wir fördern ein gesellschaftliches Umdenken, das den Wert der Regelschulbildung betont.

Ein differenziertes Schulsystem bedarf angemessen ausgebildeter Lehrer und einer entsprechend differenzierten Lehrerbildung. Jegliche Bestrebungen, einen Einheitslehrer auszubilden, lehnen wir entschieden ab.

Eine wohnortnahe Beschulung muss insbesondere auch im ländlichen Raum gewährleistet sein.

Für eine wohnortnahe Beschulung auch im ländlichen Raum.

Freie und staatliche Schulen finanziell gleichstellen

Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Qualität und die Vielfalt unserer Bildungslandschaft. Daher setzen wir uns für die personelle und finanzielle Gleichstellung der freien mit den staatlichen Schulen ein. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Gehälter für Lehrer an freien Schulen denjenigen der Lehrer an staatlichen Schulen entsprechen können, ohne dass die Elternbeiträge steigen müssen.

Förderschulen erhalten und ausbauen

Die Thüringer AfD steht für eine Inklusion mit Augenmaß. Die pauschale Inklusion, wie sie derzeit Anwendung findet und unter dem neuen Schulgesetz forciert wird, ist ein Irrweg, der oft auf Kosten von Schülern und Eltern beschritten wird. Hier spielen ideologische Vorstellungen, nicht jedoch das Kindeswohl, der Elternwille oder die Arbeitssituation der Lehrer eine übergeordnete Rolle. Darüber hinaus verursacht die pauschale Inklusion exorbitante Kosten für Kommunen und Landkreise.

Wir wollen für jedes Kind, das aufgrund einer Behinderung Lernschwierigkeiten hat, eine angemessene Förderung sicherstellen. Die notwendigen Voraussetzungen dafür – medizinische Versorgung, technische Hilfsmöglichkeiten, Betreuung durch spezifisch ausgebildete Lehrer und entsprechende Rückzugsmöglichkeiten – sind in der Förderschule vorhanden. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderschulen mit entsprechend ausgebildetem sonderpädagogischen Lehrpersonal in ganz Thüringen erhalten bleiben und auf kurzen Wegen erreicht werden können. In Förderschulen wird durch Erziehung, Unterricht und individuelle Fördermaßnahmen die Grundlage für das erfolgreiche Lernen und die soziale sowie berufliche Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelegt.

Inklusion kann auch an speziellen Schwerpunktschulen, die über alle notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Mittel verfügen, gelingen. Alle Schüler an der Schule, sowohl jene mit als auch diejenigen ohne Beeinträchtigung, müssen über die Vor- und Nachteile dieser Unterrichtsform informiert sein und diese ausdrücklich wünschen.

Berufsschulen stärken

Wir wollen die Entscheidung für eine (duale) Berufsausbildung fördern.

Als Reaktion auf die immer weiter sinkenden Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen hat die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung beschlossen, das Berufsschulnetz deutlich zu verändern. In der Folge der geplanten Umstrukturierungen wird die Berufsausbildung weiter an Attraktivität verlieren, beispielsweise durch längere Wege zu den weniger werdenden Berufsschulen. Wir stellen uns dieser Entwicklung entgegen und wollen das bewährte Berufsschulnetz erhalten.

Gleichzeitig werden wir mithilfe eines umfangreichen Maßnahmenkataloges darauf hinwirken, dass mehr junge Menschen den Weg in die (duale) Berufsausbildung beschreiten. Eine Schüler- und Auszubildendenfahrkarte, die analog zur Semester-

fahrrate für Studenten ganz Thüringen abdeckt, halten wir für eine wichtige Maßnahme.

Der Lehrermangel macht auch vor den Berufsschulen nicht halt. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass Handwerks- und Industriemeister durch ein passendes Aufbaustudium zu Lehrern an Berufsschulen nachqualifiziert werden können.

Kostenfreie Meisterausbildung im Handwerk

Das Studium ist unentgeltlich ist, die Meisterausbildung hingegen kostenpflichtig. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachzuvollziehen. Wir setzen uns daher für eine kostenfreie Ausbildung zum Handwerks- und Industriemeister mit Ausbildungsbefähigung ein, wenn im Anschluss an die Ausbildung die Tätigkeit in Thüringen ausgeführt wird.

Wir setzen uns für eine kostenfreie Ausbildung zum Handwerks- und Industriemeister ein.

Leistungsprinzip anwenden

Nicht nur, weil leistungsschwache Schüler das Lernen leistungsstärkerer Schüler oft behindern, sondern auch, weil die Schwächeren in ihrer ursprünglichen Lerngruppe überfordert sind, vertreten wir die Ansicht, dass Klassenwiederholungen ein sinnvoller Bestandteil des Schulsystems sind.

Kinder brauchen eine klare Rückmeldung über die Qualität der von ihnen erbrachten Leistungen. Daher ist die Benotung der Schüler ab der zweiten Klasse prinzipiell beizubehalten. Außerdem werden wir die Wiederholung einer Klasse in jeder Stufe ermöglichen. Das Leistungsprinzip muss durchgängig und transparent in allen Klassenstufen angewandt werden. Die Gewährung eines Nachteilsausgleichs darf nicht die tatsächliche individuelle Förderung des Schülers ersetzen. Wird ein Nachteilsausgleich gewährt, so muss dies im Zeugnis vermerkt werden.

Schulnoten ermöglichen eine klare Rückmeldung über schulische Leistungen und sind grundsätzlich ab der zweiten Klasse beizubehalten.

Echte Lehrpläne statt bloße Leerpläne erstellen

In den 1990er Jahren stellte Thüringen als eines der ersten Bundesländer die Lehrpläne über alle Klassenstufen und Schulformen hinweg auf den „kompetenzorientierten Unterricht“ um. Seither ist der Unterricht weniger auf das Fachwissen als vielmehr auf die wissensbasierten Fähigkeiten der Schüler ausgerichtet. In der Folge verstärkte sich die Tendenz, dass die Präsentation den Inhalt zunehmend überlagerte, die Methodik also die Didaktik dominierte und die obligatorische Lernzielorientierung geopfert wurde. Mittlerweile ist der Begriff der Kompetenz zu einem bildungspolitischen Schlagwort geworden.

Schule hat Inhalte zu vermitteln, Begabungen und Fähigkeiten zu fördern. Das bloße Abheben auf Kompetenzen führt zu einer Erosion der Bildung.

Wir wollen die Lehrpläne überarbeiten: In allen Fächern sollen einheitliche und verbindliche inhaltliche Anforderungen festgelegt werden. Dem Lesen, dem Schreiben und dem Rechnen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Politische Neutralität an Schulen gewährleisten

Das Grundgesetz, die Verfassung des Freistaats Thüringen und das Thüringer Schulgesetz schreiben die weltanschauliche und politische Neutralität des Schulunterrichtes fest. Der sogenannte Beutelsbacher Konsens konkretisiert Orientierungspunkte für eine politisch neutrale Unterrichtsgestaltung. Unzulässig sind demnach eine einseitige politische Indoktrination und Einflussnahmen, die bestimmte politische Auffassungen oder Parteien ohne sachliche Debatte verächtlich zu machen suchen oder durch die ein Meinungsdruck aufgebaut wird, der auf Ausgrenzung und Diskriminierung bestimmter Auffassungen hinwirkt. Die Neutralität des Unterrichts ist ein hohes Gut im weltanschaulich neutralen Verfassungsstaat. Verstöße durch das Lehrpersonal oder die Schulaufsichtsbehörden gegen das Neutralitätsgebot stellen Eingriffe in das Schulwesen dar, die dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderlaufen und die zu ahnden sind.

Der Thüringer „Bildungsplan bis 18 Jahre“ und das „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ dienen dem politischen Kampf gegen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft.

Keine politisch motivierten Schulprogramme oder Maßnahmen

Politisch motivierte Programme haben an den Schulen nichts verloren. Thüringen braucht weder einen „Bildungsplan bis 18 Jahre“ noch die damit in Verbindung stehenden ideologischen Gesinnungsanleitungen in Form von Schulungen der Lehrkräfte.

Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit dient als steuerfinanziertes Mittel vorrangig dem Kampf gegen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft. Das jährlich erhöhte Budget wird überwiegend dazu genutzt, um antibürgerliche Gesinnungen salonfähig zu machen und Institutionen, die nicht selten im linksextremen Spektrum verortet sind, mit Steuermitteln zu versorgen.

Diese und ähnliche Programme werden wir unverzüglich beenden und die in den Haushalt eingestellten Mittel einem neuen Landesprogramm mit dem Titel „Meine Heimat – mein Thüringen“ zukommen lassen. Mithilfe dieses Landesprogramms sollen die in Jahrhunderten ohne staatliche Eingriffe organisch gewachsenen Traditionsbestände im schulischen und außerschulischen Bereich gefördert werden.

Kein Islamunterricht an Thüringer Schulen

Nach Überzeugung der AfD ist der Islam als politische Religion mit zentralen Regeln unseres säkularen Verfassungsstaates nicht vereinbar. Daher kann der Islam auch nicht zu Thüringen gehören. Dementsprechend lehnt die Thüringer AfD die Einführung von Islamunterricht an unseren Schulen ab.

Keine Frühsexualisierung an Thüringer Schulen

Die Thüringer AfD wendet sich gegen die Früh- und Hypersexualisierung in Schule und Kindergarten. Der Sexualkundeunterricht muss mit der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder Schritt halten und darf nicht gegen die Eltern und deren Vorstellungen über die diesbezügliche gedeihliche Entwicklung ihrer Kinder

in Stellung gebracht werden. Er gehört nicht in den Kindergarten, wie es der aktuelle „Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre“ vorsieht, sondern in die Zeit der Pubertät.

Wir wenden uns daher entschieden gegen den „Thüringer Bildungsplan“, der Tür und Tor für eine Frühsexualisierung an Kindergärten und Grundschulen öffnet, und werden diesen ersatzlos streichen. Die sexuelle Aufklärung in der Schule soll ausschließlich durch Lehrer im Zuge des Biologieunterrichts erfolgen, sie darf nicht durch Dritte und innerhalb von Projekten durchgeführt werden. Im Bereich der Sexualpädagogik muss vonseiten der Schule ein lebensbejahendes Konzept vertreten werden, welches das Ja zum eigenen Kind als etwas Natürliches sowie als Teil und Bereicherung der eigenen Persönlichkeit begreift und vermittelt.

„Lesen durch Schreiben“ abschaffen – Schreibschrift verbindlich unterrichten

Ziel der Grundschulausbildung muss es insbesondere sein, lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Die Methode „Lesen durch Schreiben“ und daraus abgeleitete Methoden, die nachweislich überdurchschnittlich oft zu dauerhaften Problemen bei der Rechtschreibung führen, lehnen wir ab. Konzepte dieser Art gefährden vor allem leistungsschwache oder Dialekt sprechende Schüler, die aufgrund der Methodik Schwierigkeiten haben, sich eine orthografisch korrekte Schreibweise anzueignen.

„Lesen durch Schreiben“ erschwert das Erlernen der Schriftsprache. Diese Methode ist daher abzulehnen.

Wegen fehlender Vorschriften im Lehrplan kann für Thüringer Schulen derzeit nicht sichergestellt werden, dass Kinder in ausreichender Weise eine Schreibschrift erlernen, obwohl das Erlernen und das Beherrschen einer Schreibschrift nachweislich die Sorgfaltsliebe, die Gedächtnisleistung und die Sprachkreativität fördern. Eine gebundene Handschrift mit der bewährten Fibelmethode zu lernen, ist ein elementarer individueller Entwicklungsschritt auf dem Weg zu einer gebildeten Persönlichkeit. Wir werden das Erlernen einer gebundenen Handschrift fest im Lehrplan verankern.

Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprach- und/oder Sozialkompetenz verpflichtend machen

Der ungesteuerte Zuzug von sprach- und kulturfremden Ausländern hat die Schule als Institution und die Lehrer, die mit der Lage unmittelbar konfrontiert sind, vor enorme Herausforderungen gestellt. Asylverfahren müssen so zügig erfolgen, dass erst die sichere und trotzdem zeitlich begrenzte Bleibeperspektive der Eltern die Zuweisung der Kinder in die Schulen bedingt.

Nur wer sprachlich und sozial geeignet ist, soll in einer regulären Schulklasse oder in einer Berufsschule beschult werden. Daher sind Vorschaltklassen einzurichten, in denen Deutsch gelernt werden kann.

Wir sind davon überzeugt, dass der reguläre Unterricht nicht der richtige Ort für die Vermittlung der deutschen Sprache ist. Daher fordern wir die Einrichtung von Vorschaltklassen sowie eine verbindliche Leistungsüberprüfung. Nur wer sprachlich und sozial geeignet ist, darf im Anschluss in einer regulären Schulklasse oder in einer Berufsschule beschult werden. Weiterhin muss die Altersstruktur in den Klassen der Grund- und Sekundarschulen beachtet werden.

Thüringer Spezialgymnasien erhalten und entwickeln.

Hochbegabte fördern

Die Thüringer Spezialgymnasien bieten beste Voraussetzungen für Schüler mit spezifischen Begabungen. Die AfD bekennt sich zum Erhalt und zum weiteren angemessenen Ausbau der drei Thüringer Sportgymnasien in Oberhof, Erfurt und Jena sowie des Sprachen- und des Musikgymnasiums in Schnepfenthal bzw. Weimar. Maßnahmen der bisherigen Thüringer Landesregierung, die langfristig die Abschaffung dieser wichtigen Schulen aus ideologischen Gründen verfolgen, werden wir zurücknehmen. Der Besuch dieser Schulen muss für jeden – unabhängig vom Einkommen – möglich sein.

Die Lehrer bleiben auch in Zeiten der Digitalisierung für die Schule unersetzlich.

Umgang mit digitalen Medien einbinden

Alle Bestrebungen, den Unterricht als solchen zu digitalisieren, die Erarbeitung von Wissen aus dem analogen Lernprozess herauszulösen und die Lehrkraft durch das Medium zu ersetzen, lehnen wir ab. Der Lehrer ist und bleibt der wesentliche Bezugspunkt für den Lernprozess des Schülers und für dessen individuellen Schulerfolg.

Dennoch ist es wichtig, die Vorteile der Digitalisierung auch für Schüler, Auszubildende und Studenten nutzbar zu machen. Eine gute Internetverbindung an Schulen auch auf dem Land sowie eine entsprechende technische Ausstattung an Universitäten sind Grundvoraussetzungen dafür, um den Umgang mit digitalen Medien und ihren Einsatz zu erlernen und produktiv zu leben. Auch die fachliche Begleitung an Schulen und Ausbildungsstätten muss sichergestellt sein.

Gesunde, saisonale, regionale Schulspeisung ermöglichen

Eine ausgewogene Ernährung ist eine wichtige Voraussetzung für die Gesundheit und damit auch für den schulischen Erfolg der Heranwachsenden. Die AfD Thüringen will daher verbindliche Qualitätsstandards für die Thüringer Schulen erarbeiten, um allen Schülern ein reichhaltiges und gesundes Mittagessen garantieren zu können, das nach den Prinzipien der Saisonalität und Regionalität zubereitet ist.

Gegen jede Gewalt an Schulen entschieden vorgehen

Die Schule ist ein Ort des Lernens. Daher muss gegen Gewalt und destruktives Verhalten – egal ob sich diese gegen Schüler, Lehrer oder Sachen richten – schnell und effektiv vorgegangen werden können. Schulbehörden und Lehrer brauchen ein Instrumentarium, um entsprechenden Problemlagen ohne überbordenden bürokratischen Aufwand zügig Herr werden zu können. Der Anspruch einer Gruppe auf die Durchführung eines ungestörten Unterrichts muss grundsätzlich ein höheres Gewicht haben als die Beschulung eines einzelnen Schülers.

Bundeswehr, Feuerwehren, THW, DRK etc. müssen sich an den Schulen präsentieren dürfen.

Verlässlichen Zugang für Bundeswehr, THW, FFW, DRK etc. zu Schulen ermöglichen. Die Bundeswehr als nationale Verteidigungsarmee und als notwendiger Baustein unseres demokratischen Staatswesens benötigt einen verlässlichen Zugang zu

den Schulen. Dieser Zugang darf nicht von den politischen Vorlieben der Entscheidungsträger abhängig sein. Auch Organisationen wie THW, DRK und die Freiwilligen Feuerwehren müssen sich in den Schulen präsentieren dürfen.

Schulsanierung und -ausstattung priorisieren

Unsere Kinder müssen sich dort, wo sie sich auf Unterrichtsinhalte konzentrieren sollen, wohlfühlen. Daher ist es für uns untragbar, wenn in Thüringen stellenweise keine Mittel für sanierungsbedürftige Schulen zur Verfügung stehen, während gleichzeitig Hunderte Millionen Euro jährlich vom Freistaat in illegale Einwanderung „investiert“ werden. Aufgrund der zahlreichen Verpflichtungen der letzten Jahre fehlt vielen Kommunen das Geld für die Schulsanierung. Das Land muss die Kommunen und die Schulträger so ausstatten, dass diese die Schulgebäude in einen angemessenen Zustand versetzen können. Der bürokratische Aufwand, der mit dem Mittelabruf verbunden ist, soll so gering wie möglich sein. Ebenso werden wir Mittel für eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der Schulen zur Verfügung stellen.

Sanierungen dürfen nicht durch bürokratische Hürden verschleppt werden.

Bedarf an Lehrern realistisch ermitteln

Wir fordern eine realistische Ermittlung des Bedarfs an Lehrern in Thüringen. Statistische Spielereien, die der Verschleierung der tatsächlichen Situation an den Thüringer Schulen dienen, dürfen nicht länger angewendet werden. Die Bedarfsermittlung muss transparent und unter der Beteiligung aller wichtigen Akteure (insbesondere Elternverbände, Lehrerverbände und Schülervertretungen) durchgeführt werden. Auch diejenigen Lehrer, die sich derzeit auf einem Dienstposten befinden, der nicht der Absicherung des Unterrichts dient, etwa in einer Abordnung, müssen in die Berechnung des Ersatzbedarfs an den Schulen einbezogen und entsprechend ersetzt werden. Ebenso soll die Aufnahme von langzeiterkrankten Lehrern in die Statistik erfolgen. Alle Formen des nicht planmäßig erteilten Unterrichts führen zu einer Minderung der Ausbildungsqualität. Deshalb müssen sie getrennt erfasst und offen kommuniziert werden. Es ist nicht nur notwendig, den ersatzlosen Unterrichtsausfall zu vermeiden, sondern jede Form des nicht planmäßig erteilten Unterrichts.

Lehrer entlasten

Um die zahlreichen benötigten Lehrerstellen besetzen zu können, soll Thüringen wieder attraktiver für junge Lehrer werden. Das Land muss umfangreiche Anstrengungen unternehmen, um in Zukunft ausreichend Lehrpersonal für unsere Schulen zu gewinnen und im Wettbewerb zwischen den Bundesländern bestehen zu können. Die Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes soll unter anderem durch die Entlastung der Lehrer bei bürokratischen Aufgaben erreicht werden. Dies kann mittels der Einstellung von Schulverwaltungsassistenten gelingen. Evaluationstätigkeiten sind nur in Ausnahmefällen auf Lehrkräfte zu übertragen. Lernentwicklungsgespräche sollen nur noch in den Fällen durchgeführt werden, in denen der Lehrer es als notwendig erachtet.

Wir fordern den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten.

Dem Lehrermangel entgegenwirken

Der Lehrermangel ist deutschlandweit aktuell zur größten bildungspolitischen Herausforderung geworden. Die Entwicklung der Schülerzahlen ist jedoch weitgehend vorhersehbar, weshalb wir es hier mit einem klaren Fall von Politikversagen zu tun haben. Wir wollen frei werdende Lehrerstellen schnellstmöglich besetzen: Thüringen soll zum lehrerfreundlichsten Bundesland werden.

Die Bewerbungsverfahren für Lehrer in Thüringen müssen bewerberfreundlicher gestaltet und endlich beschleunigt werden.

Dies beginnt für uns schon im Bewerbungsverfahren: Wir wollen die Bearbeitung von Bewerbungen schneller durchführen, damit potenzielle Kandidaten nicht aufgrund zu langer Wartezeiten abgeschreckt werden und sich für eine rascher zugesagte Stelle in einem Nachbarland entscheiden. Zudem wollen wir ein bewerberfreundliches Verfahren anwenden, das den einzelnen Bewerber in den Mittelpunkt stellt.

Finanzielle Zulagen für Lehrer, die im ländlichen Raum unterrichten wollen.

Da insbesondere der ländliche Raum vom Lehrermangel betroffen ist, schlagen wir eine Zulage für Lehrer vor, die bereit sind, im ländlichen Raum eine Tätigkeit aufzunehmen. Daneben müssen Konzepte Anwendung finden, die den ländlichen Raum gerade für junge Familien wieder attraktiver machen. Da sich der Unterrichtsausfall in einigen Mangelfächern häuft, schlagen wir außerdem finanzielle Zulagen für Lehrer vor, die diese Fächer unterrichten. Die Gehälter der Lehrer müssen insgesamt einem Wettbewerb unter den Bundesländern standhalten können.

Wir stellen uns der Realität und gehen davon aus, dass zumindest vorübergehend die Notwendigkeit besteht, Seiteneinsteiger für die Absicherung des Unterrichts einzustellen. Diese müssen jedoch bestmöglich auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet werden. Die Förderung entsprechender Weiterbildungsstudiengänge halten wir dabei für eine wichtige Voraussetzung.

Leitungstätigkeiten an Grundschulen müssen besser honoriert werden.

Die Stellen der Schulleiter und ihrer Stellvertreter müssen umgehend besetzt werden. Gerade im Grundschulbereich muss die Übernahme von Leitungstätigkeiten mit einer deutlich höheren finanziellen Abgeltung und/oder einer Unterrichtsentlastung verbunden werden. Karriereoptionen fördern auch im schulischen Bereich die Berufszufriedenheit. Es müssen wieder Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden, die nicht zwangsläufig mit der Übernahme einer Leitungstelle verbunden sind.

Die Freiheit der Wissenschaft verteidigen – Hochschulen stärken

Deutschland kann auf eine bedeutende Wissenschaftstradition von internationalem Rang blicken, an der auch Thüringen mit seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen wichtigen Anteil hat. Zu Recht wird immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade ein rohstoffarmes Land wie Deutschland in besonderer Weise auf Bildung und Wissenschaft angewiesen ist, um sich nicht zuletzt im wirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten. Die an den Hochschulen betriebene Wissenschaft hat neben der privaten wissenschaftlichen Forschung in der Tat einen maßgeblichen Anteil an der Weltgeltung deutscher Produkte, Techniken und

Innovationen. Ihre Bedeutung konnte die Wissenschaft vor allem infolge der verfassungsrechtlich garantierten Freiheit von Forschung und Lehre erlangen.

Die Thüringer AfD sieht heute die Freiheit von Forschung und Lehre auch an Thüringer Hochschulen durch ideologisch motivierte und politisch durchgesetzte Einflussnahme (beispielsweise in Form von Quotenregelungen oder wissenschaftsexternen Auswahlkriterien) ebenso wie durch eine wachsende Abhängigkeit von externen Geldgebern („Drittmittel“) bedroht. Diesen Tendenzen treten wir mit Entschiedenheit entgegen. Die AfD Thüringen ist überzeugt, dass sich im 21. Jahrhundert nur eine freie und selbstbestimmte Wissenschaft, die sich dem Wissenschafts- und Bildungsideal Wilhelm von Humboldts verpflichtet weiß, behaupten kann.

Wissenschaft muss frei bleiben. Wir wenden uns gegen die Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit durch ideologische oder ökonomische Einflussnahme auf Forschung und Lehre.

Gegen die Verschulung der Hochschulen

Im Sinne des Humboldtschen Bildungsideals wollen wir die Autonomie der Thüringer Hochschulen und die Eigenverantwortung der Studenten stärken. Das bedeutet vor allem, dass wir dem Prozess der Verschulung, der durch die sogenannten Bologna-Reformen eingeleitet wurde, entgegenwirken werden. Das selbstbestimmte Studium ist unser Leitbild einer Hochschulausbildung. Gelebte Eigenverantwortung und gründliche Bildung befähigen Hochschulabsolventen auch besser, im Wirtschaftsleben zu bestehen.

Dementsprechend wollen wir es ermöglichen, dass die Hochschulen zu den erprobten Diplom- und Magisterstudiengängen zurückkehren können und Studenten die Freiheit erlangen, selbst zu entscheiden, welchen Abschluss sie anstreben.

Unsere Hochschulen sollen zu den bewährten deutschen Hochschulabschlüssen zurückkehren können.

Dabei gilt für uns: Es waren die Diplom- und Magisterabschlüsse, die weltweit als Garant der hohen Qualität deutscher Hochschulen anerkannt wurden, während der heutige Bachelorabschluss in der heimischen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst nach wie vor kritisch betrachtet wird, weil sein Qualifikationsniveau als zu gering gilt. De facto wird der Bachelorabschluss vor allem als Berechtigung zum weiterführenden Masterstudium betrachtet, wobei die Studienplätze in den Masterstudiengängen meist begrenzt sind.

Hochschulautonomie stärken

Unsere Hochschulen brauchen Planungssicherheit und Freiräume zur Entwicklung ihrer Profile. Ihre finanziellen Mittel aus dem Landeshaushalt dürfen nicht von der Erfüllung bestimmter Quoten und Zielvorgaben (etwa Absolventenzahlen) abhängig gemacht werden. Forschung und Lehre an öffentlichen Hochschulen sollen nicht über Gebühr auf Drittmittel angewiesen sein, um sie von Zumutungen und externen Einflussnahmen frei zu halten. Daher sind unsere Hochschulen in ihrer Grundfinanzierung und bei bedarfsabhängigen Mitteln auskömmlich auszustatten.

Die Thüringer Hochschulen sollen ihre Studenten nach eigenen Kriterien selbst auswählen dürfen. Auch auf diese Weise können sie im Wettbewerb untereinander ihr Profil schärfen. Eine stärkere Autonomie unserer Hochschulen im Sinne dieser Ziele wird auch dazu beitragen, dass sie den Anschluss an die internationale Spitzenforschung mit einer entsprechenden Lehre nicht verlieren.

Steigende bürokratische Belastungen und Managementanforderungen beengen die Freiräume der Hochschulen. Das kostspielige Akkreditierungswesen stellt eine solche Beengung ebenso dar wie die verwaltungstechnischen Folgen der modularisierten Bachelor- und Masterstudiengänge. Die AfD Thüringen setzt sich für die Abschaffung des Akkreditierungsverfahrens ein. Eine Rückkehr zu den Diplom- und Magisterstudiengängen reduziert die hohe Belastung der Hochschulen durch Bürokratie und Management, die mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge und der Verschulung des Studiums einherging.

Keine ideologische Steuerung der Wissenschaft

Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit bedeuten auch, dass inhaltliche Vorgaben der Politik oder des Gesetzgebers gegenüber der Wissenschaft unterbleiben. Hierher gehört etwa der Versuch, mittels „Zivilklauseln“ eine Forschung zu unterbinden, die auch einer militärischen Verwendung fähig ist. Die Unterbindung solcher Forschung bedeutet de facto, dass bestimmte wissenschaftliche Arbeit nicht mehr stattfinden kann und die Hochschulen so einen erheblichen Nachteil im Wettbewerb um Spitzenforschung erfahren. Eine Gängelung der Forschung durch „Zivilklauseln“ wird es mit uns nicht geben. Entsprechende Regelungen, durch die rot-rot-grüne Hochschulreform eingeführt, werden wir korrigieren. Auch darüber hinaus werden wir die ideologischen Inhalte des rot-rot-grünen Hochschulgesetzes von 2018 rückgängig machen.

Wir stellen uns gegen die politische Gängelung der Wissenschaft etwa durch „Zivilklauseln“.

Ideologie steht auch hinter der politischen Förderung bestimmter Forschungszweige wie etwa der „Gender-Forschung“. Es ist die Überzeugung der Thüringer AfD, dass die Etablierung von Pseudowissenschaften ein Kennzeichen totalitärer Regime, nicht aber freiheitlicher Gemeinwesen ist. Daher fordern wir die Abschaffung von als Wissenschaft getarnten Ideologieprogrammen, namentlich der „Gender-Forschung“, an den Thüringer Hochschulen.

Deutsch als Wissenschaftssprache fördern

Ohne die Bedeutung des Englischen als „Lingua franca“ der internationalen Wissenschaft in Abrede zu stellen, wollen wir Deutsch als Lehr- und Wissenschaftssprache fördern. Das Deutsche darf nicht vom Englischen als Wissenschaftssprache an Thüringer Hochschulen verdrängt werden.